



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Jens Christian Kage
Pressesprecher

Jens.C.Kage@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Rückgang der Baugenehmigungen desaströs – Entschlossenes Handeln aller Beteiligten nötig

Berlin, 18.07.2023. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen fordert die Bundesregierung zu entschlossenem Handeln auf angesichts des enormen Rückgangs bei der Anzahl der genehmigten Wohnungen. Laut Statistischem Bundesamt reduzierte sich die Zahl genehmigter Wohnungen um 27,0 % im Vorjahreszeitraum und um -35,1 % bei Einfamilienhäusern, -53,5 % bei Zweifamilienhäusern, -26,5 % bei Mehrfamilienhäusern. „Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die bisherige Politik der Bundesregierung hat den Absturz nicht bremsen können. Sowohl die Beschäftigten am Bau als auch diejenigen, die eine Wohnung suchen, spüren dieses Scheitern am eigenen Leib“ erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„Wir warnen seit über einem Jahr vor dem Stillstand und dem Absturz beim Wohnungsbau. Die aktuellen Zahlen bekräftigen unsere Mahnungen, die oft als Übertreibungen abgetan wurden. Von dem Stillstand ist die gesamte Wertschöpfungskette Bau betroffen. Das ist ein Dominoeffekt. Zuerst merkt es der Baggerfahrer, zuletzt der Maler. Weshalb nicht entschlossen und geschlossen dagegen angegangen wird von Bund, Ländern und Kommunen, bleibt ein Rätsel“, so der BFW-Präsident.

„Es ist einfach nicht hinnehmbar, dass bei einem kontinuierlichen zweistelligen Rückgang keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Niedergang wenigstens abzubremsen. Wir haben einen enormen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, der immer weiter wächst. Die Wohnungsbauziele der Ampel sind nur noch Wunschdenken von gestern. Wir brauchen jetzt endlich pragmatische Lösungen: Die Erwerbsnebenkosten müssen runter, es braucht klare Finanzierungs- und Förderbedingungen, realistische Standards, damit der dringend benötigte Wohnungsneubau auch realisiert werden kann. Auch steuerliche Anreize können für eine kurzfristige Verbesserung sorgen. Planungs- und Genehmigungsverfahren brauchen einen Turbo“, fordert Dirk Salewski.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.